

ERWERBSLOSE

Arbeiten um jeden Preis?

Mit milliardenteuren Massnahmen versuchen die Schweizer Sozialwerke, Erwerbslose in den Arbeitsmarkt zurückzuführen - doch dort will sie keiner. Es ist Zeit für einen Systemwechsel.

Text: Yaël Debelle, Raphael Rehmann und Balz Ruchti; Fotos: Anita Baumann



SACHA MATHYS, 33, freischaffend: «Als ich arbeitslos wurde, hat mir jemand die Bieler Sozialfirma Teamsolutions empfohlen, weil man dort eigene Projekte verfolgen kann. Ich habe dann im Internet Bildbearbeitung gelernt. Unterdessen habe ich bereits Aufträge von Fotografen und kann bald davon leben.»



MANDA HASLER, 27, Vorlehre als Coiffeuse, seit einem Dreivierteljahr arbeitslos: «Wenn man gezwungen wird, etwas zu tun, setzt man sich nicht ein. Hier kann ich etwas machen, was mir zusagt. Der Teppich ist für meine Tochter. Ich schreibe an einem Song, den ich aufnehmen will. Im Keller ist ein Bandraum.»

Ein arbeitsloser Methadonkonsument kommt in ein Arbeitsprogramm und übernimmt die Pausenverpflegung einer Firma. Er beginnt mit ein paar Aufback-Gipfeli – dann baut der gelernte Bäcker innert weniger Monate einen kleinen Cateringservice auf, beliefert auch benachbarte Firmen. Als sein Dossier dem zuständigen Sozialarbeiter in die Hände kommt, versetzt ihn dieser von einem Tag auf den anderen in eine Landschaftsgärtnerei. Kurz darauf hängt der Mann wieder an der Nadel.

«Sie haben ihn umplatziert, weil er schon länger als vorgesehen in derselben Massnahme war», sagt Aldo Martinelli und schüttelt den Kopf. Der 39-Jährige leitet zusammen mit Cedric Zaugg die Sozialfirma Teamsolutions Projects GmbH in Biel (siehe «Sozialfirmen», rechts). Die meisten Leute, die bei Teamsolutions arbeiten, wurden vom Sozialdienst in einen Arbeitseinsatz geschickt. Andere kommen von der Arbeitslosenversicherung (ALV) oder der Invalidenversicherung (IV).

Der Markt mustert Menschen aus Martinelli erlebt täglich hautnah, was es heisst, wenn Schweizer Sozialwerke versuchen, jemanden wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Menschen wie Giovanni zum Beispiel. Der Sozialdienst schickte den 57-jährigen Italiener in einen Sprachkurs – obwohl er trotz 30 Jahren auf Schweizer Baustellen keinen einzigen deutschen Satz beherrscht. «Deutsch wird

Sozialfirmen: Zwischen Markt und Sozialarbeit

Sozialfirmen sind Unternehmen, die wirtschaftliche und soziale Ziele verfolgen. Dabei integrieren sie Menschen mit Beeinträchtigungen ins Erwerbsleben. Der Anteil an Mitarbeitern mit Benachteiligungen beträgt mindestens 30 Prozent. Diese erhalten unbefristete Verträge. Sozialfirmen dürfen mit ihren Produkten die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren. Mit dem Gewinn decken sie mindestens 50 Prozent ihrer Ausgaben. Die übrigen Kosten trägt die öffentliche Hand.



«Unsere erste Frage an Arbeitslose ist immer: «Was machst du gern?»»

Cedric Zaugg und Aldo Martinelli, Sozialfirma Teamsolutions

Giovanni nicht mehr lernen – aber wenn du ein Loch gegraben haben willst, macht er das in Perfektion», sagt Martinelli und nuschelt Giovanni grinsend ein paar Worte in Italienisch zu. Der lächelt und brummt.

Weil von ihm nur noch selten jemand ein Loch gegraben haben will, ist Giovanni seit Jahren immer wieder erwerbslos – ein Zustand, den der Sozialstaat Schweiz mit viel Aufwand und wenig Erfolg bekämpft. Denn der Markt interessiert sich nur noch für die leistungsfähigsten 97 Prozent der Menschen. Das Resultat ist die Sockelarbeitslosigkeit der letzten Jahre von durchschnittlich rund drei Prozent.

Dies bringt die Sozialwerke in Finanzierungsschwierigkeiten – sie sind als kurzfristige Stütze konzipiert, nicht als dauerhaftes Auffangbecken. Deshalb richten sich Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe seit Ende der Neunziger immer stärker nach dem Prinzip «Fördern und fordern»: Volle Leistungen gibts nur bei Gegenleistung – in Form von Arbeitseinsätzen in Beschäftigungsprogrammen, Sozial- oder Praxisfirmen (siehe Seite 28). Wer sich verweigert, dem werden die Zahlungen gekürzt.

Dabei wäre eine Nichtteilnahme in manchen Fällen die beste Lösung. Denn unpassende Massnahmen sind Gift für die Wiedereingliederung.

Eine Studie der Fachhochschule St. Gallen hat unter den Teilnehmern von Beschäftigungsprogrammen fünf Typen identifiziert, die jeweils spezifische Förderungs-

Zwangsarbeit inklusive: Arbeitslosigkeit früher und heute

19. Jahrhundert: «Besserung» durch Zwangsarbeit

1851 eröffnet im Kanton Thurgau eine der ersten Zwangsarbeitsanstalten: Die ehemalige Anstalt Kalchrain (Bild) ist beispielhaft für eine Praxis, die im 19. Jahrhundert blüht. **Arbeitszwang, Disziplin**



und **Körperstrafen** sollen erzieherisch und abschreckend wirken. Ende des 19. Jahrhunderts verwarren fast 200 Erziehungsanstalten sogenannte unwürdige Arme, denen die Behörden «Arbeits-scheu» und «Liederlichkeit» vorwerfen.

Vom Arbeits-scheuen zum Arbeitslosen

In den 1870er Jahren machen Arbeitslose erstmals mit **Demonstrationen in Genf, Bern, Zürich und Basel** auf ihre Situation aufmerksam. «Arbeits-



losigkeit» als soziales Problem tritt allmählich ins öffentliche Bewusstsein. Um 1891 malt Ferdinand Hodler das Bild «Arbeitslos».

Gewerkschaften und Städte als Pioniere

1884 gründet der Schweizerische Typographenbund **die erste Arbeitslosenkasse**. Bis 1914 richten Gewerkschaften 14 Kassen ein. Auch die Städte werden aktiv. 1887 schafft St. Gallen ein erstes Arbeitsamt, Bern, Basel, Genf folgen. Sie registrieren Arbeitslose und informieren über Stellen. Um 1900 gründen Bern, St. Gallen und Basel zudem Arbeitslosenkassen. 1903 schliessen sich elf Arbeitsämter zu einem Verband zusammen. Dieser entwickelt erste Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, etwa Statistiken. Ab 1910 erhalten Arbeitsämter Bundessubventionen.

und Betreuungsformen bräuchten: Realisten, Zukunftsorientierte, Ämterkarrieristen, Arbeitsmarktgeschädigte und Schutzbedürftige. Der Erfolg einer Massnahme hänge davon ab, ob ein Programm wirklich auf den Klienten zugeschnitten ist.

Das Erfolgsmodell: Stärken nutzen

Deshalb brauche es bei den zuweisenden Stellen «verbesserte Kompetenzen auf dem Gebiet eines diagnostischen Fallverstehens», sagt die St. Galler Studie – also eine fundierte Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen des Betroffenen. Sonst landen weiterhin begeisterte Bäcker im Gartenbau und gealterte Bauarbeiter in Deutschkursen.

Weiter sollen die Angebote fordernd, interessant und vor allem freiwillig sein. Denn der Zwangscharakter, so die Forscher, untergrabe Autonomie, Selbstachtung und Motivation der Teilnehmer.

«Wir nehmen nur Leute, die arbeiten wollen», sagt Aldo Martinelli von Teamsolutions denn auch. «Wenn uns jemand zugewiesen wird, interessieren uns erst einmal seine Stärken. Wir fragen: «Was machst du gern?»» So entsteht eine vielfältige Palette von Tätigkeiten – einige erfolgversprechender als andere: Jemand züchtet Insekten, einer tüftelt an Lärmdämmungsplatten aus Altpapier, und zwei andere haben aus der Front eines verschrotteten Pontiacs eine Stehbar kreiert. Diese ist bereits verkauft.

Manchmal wird aus einer Idee auch ein grösseres Projekt. In der Störgärtnerei engagieren sich vier, fünf Mitarbeiter: Sie fragen Leute an, ob sie auf deren Land Kräuter, Gemüse und Blumen anpflanzen



ARLETTE STAUB, 56, Buchhalterin: Vor einem Jahr kehrte sie aus Italien zurück, sucht seither einen Job. Leitet bei Teamsolutions das Gärtnereiprojekt – und ist «endlich wieder mal glücklich».

Politiker entdecken die soziale Frage

FDP-Nationalrat Wilhelm Klein stösst 1885 einen Verfassungsartikel für Sozialversicherungen an – da die Arbeit für viele zur Quelle der Verarmung werde. 1890 wird die Kranken- und Unfallversicherung in der Verfassung verankert. Der erste entsprechende Gesetzesentwurf von FDP-Nationalrat Ludwig Forrer (Bild) scheidet 1900 an der Urne. 1902 tritt die **Militärversicherung** in Kraft, später die **Kranken- und Unfallversicherung**. 1921 wird das Amt für Arbeitslosenfürsorge gegründet, es finanziert unter anderem Kurse in «Besenbinden» und «Schönschreiben».



Landesstreik rüttelt auf

250 000 Arbeiter begeben sich 1918 in einen Generalstreik. Ein Sechstel der Schweizer Bevölkerung lebt wegen Militärdienst und Arbeitslosigkeit in Armut. Die Streikenden wollen die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden beschränken und fordern eine Alters- und Invalidenversicherung. In Grenchen werden **drei Streikende erschossen**. Der Streik wird nach drei Tagen abgebrochen, die Forderungen finden aber nach und nach Eingang in die Politik.

Die Grosse Depression

Vorboten der Wirtschaftskrise zeigen sich bereits 1920. Im Zuge des Börsencrashes von 1929 rutscht die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise. **Hohe Arbeitslosigkeit prägt die Schweiz der dreisiger Jahre**, 1936 erreicht sie 6,4 Prozent. Das Arbeitslosenkurswesen wird ausgebaut. Bereits 1925 stimmt das Volk einer Initiative für die Invaliden-, Alters- und Hinterlassenenversicherung zu. Bis zur Einführung dauert es aber noch über 20 Jahre.

Der Basler Arbeitsrappen

1936 führt Basel-Stadt den «Arbeitsrappen» ein: Auf jeden Franken Einkommen wird dem Arbeitnehmer **ein Rappen abgezogen** – für Arbeitslosenprojekte.





PETER SCHAFFER, 53, ist seit sieben Jahren arbeitslos. Bei Teamsolutions arbeitet er mal im Wald, mal als Fahrer, mal als Restaurator: «Hier werde ich wie ein Mensch behandelt.»

können – die Grundbesitzer dürfen sich bedienen, der Rest wird verkauft. Auf diese Weise erarbeiten sich die Mitarbeitenden bei Teamsolutions eine Referenz, mit der sie sich im regulären Arbeitsmarkt bewerben können. Die Sozialfirma ist eine Mischung aus Teillohnarbeitgeber, Personalvermittler und Kreativwerkstatt: «Und wir versuchen, unser Konzept immer weiter zu entwickeln», sagt Koleiter Cedric Zaugg.

Die Gemeinden profitieren finanziell

Martinelli und Zaugg versuchen nicht einfach, Einnahmen zu erwirtschaften: «Wir finden Nischen und schaffen neue Jobs.» Am besten solche, von denen die Gemeinden profitierten, die die Sozialgelder der Teamsolutions-Mitarbeiter zahlen – lohnintensive Aufgaben wie das Entfernen von Graffiti, Müllsammeln, Ludothekenbetrieb. Zudem beschafft sich Teamsolutions Aufträge von Dritten wie Wohnungsräumungen oder Möbelabschleifen. «Sobald etwas anfängt, sich auszuzahlen, fliesst Geld zurück an die zuweisenden Stellen.»

Ein Platz bei Teamsolutions Biel kostet 500 Franken pro Kopf und Monat. Andere Anbieter von Arbeitsprogrammen verrechnen 1500 Franken. Die Gemeinde Pieterlen BE bezahlt für jährlich zwölf Plätze pauschal 50 000 Franken – Teamsolutions wird ihr für das vergangene Jahr selbsterwirtschaftete 7400 Franken zurückerstatten.

Wann immer möglich, werden Leute bei Teamsolutions fest angestellt, wie zum Beispiel der ehemalige Wirtschaftsstudent Björn Fasnacht. Der 40-Jährige kämpft mit Depressionen, führt aber seit Jahren zuverlässig die Buchhaltung der Sozialfirma. Teamsolutions zahlt dafür 500 Franken pro

Die Schweiz in der Hochkonjunktur

Zwischen 1940 und 1970 erlebt die Schweiz eine nie gesehene wirtschaftliche Blütezeit. Die Wirtschaft wächst rasant und kontinuierlich. Es herrscht ständiger Arbeitskräftemangel. **1973 sind in der gesamten Schweiz nur gerade 81 Arbeitslose registriert.** Dennoch fallen in diese Zeit wesentliche Fortschritte in Sachen Sozialversicherung. 1940 tritt die Lohnersatzordnung für Wehrmänner in Kraft. 1948 wird die AHV eingeführt, 1960 die Invalidenversicherung (IV). Die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist noch immer freiwillig – was in der Ölkrise der siebziger Jahre zum Problem wird.

Frauen an den Herd, Migranten in die Heimat

In der Ölkrise 1973 – der schwersten ökonomischen Krise der Nachkriegszeit – gehen innert kurzer Zeit **250 000 Arbeitsplätze verloren** (elf Prozent). Dennoch steigt die Arbeitslosenquote während der ganzen Krise nie über 0,1 Prozent. Der Grund für diese trügerisch tiefe Zahl: Arbeitslose Migranten wandern nach Südeuropa zurück, Frauen gehen zurück an den Herd. 1976 wird das Obligatorium für die Arbeitslosenversicherung in einer Abstimmung vom Volk gutgeheissen, 1982 tritt es in Kraft.



Kein Geld ohne Gegenleistung

1992 proklamiert Bill Clinton, damals US-Präsidentenwahlkandidat, das Ende der Wohlfahrt: «Workfare» statt «Welfare». Die Schweizer Sozialwerke folgen dem Trend: Empfänger von Sozialgeldern sollen Arbeitswillen beweisen. 1995 wird die ALV revidiert, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren entstehen. **Arbeitslose sollen möglichst rasch reintegriert werden.** Auch die IV will IV-Rentner zurück in den Arbeitsmarkt führen. Ab 2000 droht Sozialhilfeempfängern Leistungskürzung bei unkooperativem Verhalten. Winterthur führt 2001 das Passage-Modell ein: Wer Sozialhilfe beantragt und gesund ist, muss erst einen Monat im Wald arbeiten.



Monat an die zuweisende Gemeinde. Fasnacht erhält 250 Franken davon. Das ist nicht viel, aber reich wird bei Teamsolutions niemand. Letztes Jahr zahlten sich Zaugg und Martinelli für 170 Stellenprozentente insgesamt rund 90 000 Franken Lohn aus.

Zwei Dinge motivieren ihn, sagt Martinelli: «Erstens bin ich Steuerzahler.» Er rege sich auf, wenn er sehe, wie Steuergelder nutzlos verbraten werden. «Zweitens weiss ich, dass ich selbst nicht weit weg bin von der Situation unserer Mitarbeiter.» Mit 20 versuchte er, sich selbstständig zu machen – die Firma ging pleite, zurück blieb ein riesiger Schuldenberg. «Ich brauchte 17 Jahre, um den letzten Schuldschein zurückzukaufen.»

Verwaltet statt gefördert

Ihre Finanzen in den Griff zu bekommen, davon sind die Sozialwerke weit entfernt. Wie viel Geld sie genau jährlich in die Wiedereingliederung von Erwerbslosen investieren, ist unklar. Und auch, ob die Programme bezüglich Wiedereingliederung überhaupt etwas bringen.

Bei der Sozialhilfe etwa fehlen aussagekräftige Zahlen auf Bundesebene völlig. Bei der IV scheitert die Messbarkeit an der Frage, was als «Erfolg» gilt: «Wenn die IV gemäss ihrem Auftrag jemanden erfolgreich eingegliedert hat, heisst das nicht zwingend, dass diese Person eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gefunden hat», sagt Harald Sohns, Sprecher des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV). Ziel der IV sei in erster Linie, einer Person eine möglichst weit gehende Erwerbsfähigkeit zu ermöglichen. Wenn ein arbeitsunfähiger Maurer zum Zeichner umgeschult werden kann, ist das bereits ein Erfolg.

Bei der ALV wäre die Sache einfacher: Arbeitslose sollen rasch und nachhaltig wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Eine Wirkungsmessung gibt es aber auch hier nicht, denn: «Leute können während der Teilnahme an einer arbeitsmarktlichen Massnahme einen Job finden, ohne dass dies direkt mit dieser zusammenhängt», sagt Tony Erb vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Viele Programme, etwa Sprachkurse, verbesserten

zudem nur die Vermittelbarkeit und zielen somit nicht direkt auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt.

Ob die Bemühungen der Sozialwerke erfolgreich sind, lässt sich also nicht sagen. Zusätzlich skeptisch macht, dass sie sich mit widersprüchlichen Zielvorgaben selbst sabotieren: Sozialhilfemassnahmen sollen Teilnehmer motivieren – aber gleichzeitig abschreckend wirken, damit Sozialhilfebezug nicht attraktiv wird. Und Programme der ALV dürfen nicht zu einem höheren Berufsabschluss führen, damit die ALV-Zahlungen nicht zu einer Art Stipendium



«Ich weiss, dass ich selbst nicht weit weg bin von der Situation unserer Mitarbeiter.»

Aldo Martinelli, Sozialfirma Teamsolutions

werden – dabei erhöhen fehlende oder ungenügende Qualifikationen das Risiko für Stellenlosigkeit enorm.

Ineffizienz ist damit im System angelegt. Zu allem Überfluss betreibt jedes einzelne Sozialwerk solche Leerläufe für sich allein. «Wies jetzt läuft, gibt es sehr viele Mehrgleisigkeiten, weil alle involvierten Organisationen ihre eigenen Abläufe entwickelt haben», sagt Hannes Lindenmeyer, Organisationsberater und Experte für Arbeitsintegration (siehe Interview, Seite 30). Er hat im Auftrag des Seco eine Studie zur Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung verfasst. «Eine einzelne Integrationsagentur wäre im Endeffekt billiger», sagt Lindenmeyer (siehe

Infografik, Seite 23). Wegen der Einzelinteressen der beteiligten Akteure sei aber fast nicht denkbar, dass dies in absehbarer Zeit angegangen werde.

«Wahrscheinlich ist es Antipathie»

Ein weiteres Problem neben den Mehrgleisigkeiten ist die Schnittstelle zwischen Sozialwerken und Arbeitsmarkt. Das zeigt sich etwa in Biel. Im Wirtschaftszentrum im Berner Seeland lebt gut jeder Zehnte von der Sozialhilfe. Der städtische Sozialdienst führt eigens eine Fachstelle für Arbeitsintegration. Diese weist Klienten Sozialfirmen zu, bis 2011 auch

Teamsolutions. Doch nach personellen Wechseln bei der Stadt erhielt Teamsolutions plötzlich keine Leute mehr. Die Bieler Fachstelle arbeitet nun mit anderen Partnern zusammen – die mehr als doppelt so teuer sind.

Der Grund dafür ist schleierhaft. An mangelnder Qualität kanns nicht liegen: Von den zuweisenden Stellen umliegender Gemeinden ist nichts Schlechtes über Teamsolutions zu hören. «Die Leute berichten, dass sie bei Teamsolutions mehr gefordert werden als in den kantonalen Beschäftigungsprogrammen – und fast alle Teilnehmer schätzen das», sagt Paul Bertenghi, Leiter der Sozialdienste Pieterlen. Negativ sei höchstens, wenn sich Leute bei Teamsolutions zu wohl fühlten und deshalb nicht mehr versuchen, in den regulären Arbeitsmarkt zurückzufinden.

«Wahrscheinlich ist es Antipathie», sagt Martinelli zum Boykott durch die Bieler Fachstelle. Bei der Schwesterfirma von Teamsolutions in Münchenstein BL funktioniert alles tipp-top. «Sie arbeitet eng mit den kantonalen Behörden zusammen, wir hatten vom ersten Tag an über 40 Leute.»

«Mit Cüpli-Sozialisten nichts gemein»

Da die Bieler Fachstelle für Arbeitsintegration jegliche Zusammenarbeit verweigert, segelt Teamsolutions dort auf Konfrontationskurs. Ein gefundenes Fressen war da eine Powerpoint-Präsentation des Fachstellenleiters. Unter «Erfolgreiche Abschlüsse» waren auch «Kontaktabbruch», «Anmeldung an andere Sozialversiche-

«Existenzsicherung durch Ehepartner» und «Wohnortwechsel» aufgeführt.

Cedric Zaugg stellte die Folie, entsprechend kommentiert, auf die Facebook-Seite von Teamsolutions – worauf die Fachstelle der Stadt mit nicht weiter spezifizierten Konsequenzen drohte, sollte die Folie nicht entfernt werden.

Warum die Fachstelle nicht mehr mit Teamsolutions zusammenarbeitet, bleibt ihr Geheimnis: Sie teilt dem Beobachter mit, man nehme in der Presse nicht Stellung zur Zusammenarbeit mit Partnern. Zudem laufe gerade eine überparteiliche Interpellation zu diesen Themen. Diese kommt von rechts. Martinelli freuts, obwohl er sich eher der SP zugehörig fühle: «Aber mit postmodernen, hippen Cüpli-Sozialisten habe ich nichts gemeinsam.» Nun seien es halt Bürgerliche, die ihm auf die Schulter klopfen, weil er Sozialausgaben senkt.

Ein problematisches Konkurrenzverbot

Nicht alle im bürgerlichen Lager schätzen Unternehmen wie Teamsolutions. Weil sie mit Steuergeldern subventioniert werden, beäugen manche Wirtschaftsvertreter das zunehmende Aufkommen von Sozialfirmen skeptisch. Deshalb gilt für Sozialfirmen die Einschränkung, dass ihre Geschäftsaktivitäten private Unternehmen nicht konkurrenzieren dürfen. Das Konkurrenzverbot ist in zweierlei Hinsicht problematisch: Einerseits hindert es Sozialfirmen oft daran, rentable Aufträge anzunehmen, andererseits erschwert es ihnen, sinnvolle Arbeitsprogramme anzubieten. Gemäss der St. Galler Studie ist für die Motivation der Teilnehmer entscheidend, dass ein Produkt entsteht, das im normalen Wirtschaftsleben gefragt ist.

Bei Teamsolutions ist das der Fall. Der Grat sei manchmal schmal, sagt Martinelli. «Wir wurden auch schon für Sachen angefragt, wo ich sagte: «Holt einen Landschaftsgärtner – das ist Bütz für den Fachmann.»

Letztlich leben Sozialunternehmer wie Martinelli und die staatlichen Sozialarbeiter vom Geschäft mit Arbeitslosigkeit. Martinelli weiss das. Vor kurzem war er zusammen mit Vertretern anderer Sozialfirmen und weiteren Akteuren zur Sozialkonferenz der Stadt Biel eingeladen: «In einer Diskussionsrunde sagte ich: «Wenn unsere Mitarbeiter und die Klienten der Sozialbehörden alle Arbeit fänden, wären wir auf einmal alle arbeitslos.» Da war es für einen Moment still.» ■

Lesen Sie zum Thema auch das Interview auf Seite 30.

PRAXISFIRMEN

Eine Firma, aber nur zum Üben

In Praxisfirmen handeln Arbeitslose mit fiktiven Waren und führen so penibel Buch, als wäre alles echt. Rund 20 Millionen Franken gibt der Bund dafür jährlich aus. Lohnt sich das? **Text: Conny Schmid; Foto: Anita Baumann**

Wie wärs mit einem Gleitschirmflug in den Bündner Bergen? Oder mit einem Wellness-Wochenende in Bad Ragaz? Vielleicht steht der Sinn nach einem Kilo Capuns oder einer Flasche Röteli? All das und mehr preist die Firma Gonzen Intertrade in ihrem Katalog an. Doch die Angebote sind zu schön, um wahr zu sein. Sie existieren nur auf dem Papier. Denn die Gonzen Intertrade ist eine kaufmännische Praxisfirma: Hier verkaufen Stellensuchende Produkte, die es gar nicht gibt, bloss um die Abläufe zu trainieren – und weil der RAV-Berater sie hierhergeschickt hat.

Virtuelle Käufer der virtuellen Produkte sind andere Praxisfirmen. Etwa 60 davon gibt es in der Schweiz, rund 7500 weltweit. Damit dieser virtuelle Markt funktioniert, muss jeder Mitarbeiter mindestens eine Bestellung pro Woche aufgeben. Richtiges Geld fliesst nicht. «Das einzige echte Geld ist das in der Kaffeekasse», scherzt Deniz Asmagül, Koleiterin Praxisfirma Gonzen Intertrade

«Das einzige echte Geld hier ist das in der Kaffeekasse.»

Deniz Asmagül, Koleiterin Praxisfirma Gonzen Intertrade

Eigentlich ein stinknormales Büro

Alles ein riesiges Rollenspiel also, wobei sämtliche Abläufe realitätsgetreu nachgestellt werden – die Sekretärin empfängt den Besuch, der Buchhalter führt Buch, die Personalfachfrau meldet den Neuen bei der AHV an, aus dem Radio schepert Musik und im Pausenraum der Kühlschrank: ein stinknormales Büro in einem stinknormalen Industriegebäude.

An zwei Halbtagen pro Woche haben die Teilnehmer Zeit für Bewerbungstrainings und die Stellensuche, ausserdem

gibt es kaufmännische Weiterbildung. Die Gonzen Intertrade kostet den Bund pro Tag und Person rund 100 Franken. Insgesamt gibt das Staatssekretariat für Wirtschaft als zuständiges Bundesamt rund 18 bis 20 Millionen Franken pro Jahr für die Praxisfirmen aus. Das deckt etwa 80 Prozent der Einsatzplätze ab. Die restlichen 20 Prozent werden von der IV oder der Sozialhilfe finanziert. Die Stellensuchenden erhalten ihr übliches Taggeld – oder Abzüge, wenn sie unentschuldigt fehlen.

«So hocke ich nicht zu Hause rum»

«Es ist im Prinzip eine brotlose Kunst», sagt einer der zwölf Mitarbeiter. Bevor er im Mai 2012 arbeitslos wurde, arbeitete er als Buchhalter. Bei der Gonzen Intertrade rotieren die Teilnehmenden durch verschiedene Abteilungen. Seit vier Wochen ist der Buchhalter nun hier und schon zum Leiter Einkauf aufgestiegen. Dass die Waren, die er erstelt, nur virtuell existieren, kümmert ihn aber kaum. «Die Abläufe sind ja die gleichen. So hocke ich wenigstens nicht nur zu Hause rum. Ausserdem erhalte ich hier Einblick in andere Abteilungen. Das eröffnet mir neue Perspektiven.»

Ähnlich äussern sich auch andere Mitarbeitende. «Klar hat man immer im Hinterkopf, dass eigentlich alles gar nicht echt ist. Aber Fehler kann ich mir trotzdem keine erlauben, das Telefon klingelt sehr real, wenn ich irgendwo was falsch eingetragen habe», sagt eine gelernte Touristikfachfrau, die jetzt das Sekretariat führt. Sie hat über Bekannte von der Praxisfirma gehört und ihren RAV-Berater selber um die Massnahme gebeten.



Eine Scheinfirma, aber die Mitarbeiter erwerben echte Fähigkeiten: Gonzen Intertrade in Bad Ragaz SG

Sie ist freiwillig hier und damit in Bad Ragaz kein Einzelfall: «Wir haben mit den Kantonen St. Gallen und Graubünden vereinbart, dass wir Leute auch ablehnen dürfen, wenn wir merken, dass sie nicht motiviert sind», erklärt Geschäftsleiter René Fichtner. Denn für ihn ist klar: «Wer es als Strafe empfindet, hierherzukommen, kann kaum profitieren.» Für die meisten sei es aber einfach gut, etwas zu tun zu haben und sich bewähren zu können. «Das gibt wieder Selbstvertrauen, egal, ob es nun eine Praxisfirma ist oder ein richtiges Unternehmen», ist Fichtner überzeugt.

«Manche fangen kein Feuer»

Gemischte Erfahrungen machte dagegen Mirko P. Slongo, Geschäftsführer der Übungsfirma Avoi in Niederurnen GL, die neben der kaufmännischen Praxisfirma Iovag auch reale Arbeitsmöglichkeiten in Werkstätten anbietet. Die Iovag übernimmt für diese teilweise administrative Arbeiten, ist also im realen Umfeld tätig. Ein Teil ist jedoch weiterhin rein fiktiv. «Es gibt Stel-

lensuchende, die kein Feuer fangen und keinen Sinn sehen in der virtuellen Arbeit», sagt Slongo. Man wolle deswegen den Anteil reeller Arbeit erhöhen, um auch ihnen etwas bieten zu können. «Es braucht beides», ist er überzeugt.

Rund 40 Prozent finden einen Job

Im Kanton Bern ist man derweil ganz vom Konzept der virtuellen Firmen weggekommen. Das zuständige kantonale Amt Beco hat 2011 beschlossen, nicht mehr mit Praxisfirmen zusammenzuarbeiten. Die Berner hatten primär Arbeitslose in Praxisfirmen geschickt, die zwar im kaufmännischen Bereich tätig waren, jedoch ohne offizielle Ausbildung. Da es im Kanton genügend Stellenlose mit KV-Abschluss gebe, sei es nicht sinnvoll, noch weitere dafür zu qualifizieren, heisst es beim Beco.

Ein Entscheid, der in La Chaux-de-Fonds nicht so gut ankam. Dort sitzt die Zentralstelle der Schweizer Praxisfirmen, die Helvartis. Sie verwaltet das Netzwerk, berät und kontrolliert die Firmen und

übernimmt für sie zum Beispiel die Rolle der Bank oder simuliert die Zollverwaltung. «Ich frage mich, was man in Bern nun für diejenigen tut, die vor allem eine Tagesstruktur brauchen», sagt Helvartis-Direktor Laurent Comte. Stellensuchende würden sich durchaus nützlich fühlen, auch wenn sie mit fiktiven Waren handeln. «Aber natürlich muss das Ambiente möglichst real sein.» Jährlich arbeiten laut Comte rund 2000 Stellensuchende bei Praxisfirmen, etwa 40 bis 42 Prozent fänden in dieser Zeit einen Job im wirklichen Arbeitsmarkt. Es wird aus Datenschutzgründen jedoch nicht statistisch erhoben, ob diese Anstellungen von Dauer sind. Und ob die Teilnehmer auch ohne die Massnahme einen Job gefunden hätten, lässt sich anhand der Daten ebenfalls nicht sagen.

Fest steht, dass bei der Sekretärin von Gonzen Intertrade gerade wieder mal das Telefon klingelt: Aber es ist keine Beanstandung aus der fingierten Personalabteilung, sondern ein echtes Jobangebot aus der realen Welt. ■

«Druck bringt überhaupt nichts»

Nur sehr individuell zugeschnittene Massnahmen können Erwerbslose nachhaltig in die Arbeitswelt integrieren, sagt Experte Hannes Lindenmeyer. Sonst wirds schnell teurer. **Interview: Yaël Debellé**

Beobachter: Wir haben in der Schweiz nur etwa drei Prozent Arbeitslose - warum investieren wir so viel Geld, um sie in den Arbeitsmarkt zurückzuführen?

Hannes Lindenmeyer: Arbeitslose haben es bei uns schwerer als etwa in Spanien, weil bei uns Arbeitslosigkeit als «nicht normal» gilt. Bei uns ist man als Arbeitsloser sofort am Rand der Gesellschaft. Wenn ein 40-Jähriger um zehn Uhr im Strassencafé sitzt, wird er schräg angeschaut.

Trotz allen Anstrengungen bleibt die Zahl der nicht Vermittelbaren, die Sockelarbeitslosigkeit, mehr oder weniger stabil. Was läuft falsch?

In der Arbeitslosenversicherung gilt der Grundsatz «rasch» vor «nachhaltig». Oder anders ausgedrückt: «So rasch wie möglich von unserem Geldtopf weg.» Der Weg führt dann oft nur in kurzfristige Anstellungen - oder zu einem anderen Topf, zur IV oder zur Sozialhilfe.

Was wäre nachhaltiger?

Das Ausbildungswesen muss unbedingt für Erwachsene geöffnet werden. Im Schweizer Arbeitsmarkt gibt es 250 000 Menschen über 30, die keine Ausbildung haben. In der nächsten Krise werden sie arbeitslos und geraten in die Maschinerie der Sozialwerke.

Die Idee des lebenslangen Lernens ist ja nichts Neues.

Heute ist es aber so, dass nur diejenigen sich weiterbilden, die bereits einen guten Abschluss haben. Unqualifizierte denken: «Bildung ist nichts für mich, da habe ich keine Chance.» Sie müssen zur Bildung motiviert werden. Studien haben gezeigt, dass es sich volkswirtschaftlich rechnet, wenn 30- bis 50-Jährige eine Berufslehre nachholen. Der Trend, dass man ohne Qualifikation an der Wissensgesellschaft nicht teilhaben kann, wird sich verstärken.

Also müssten die Massnahmen der Arbeitslosenversicherung vor allem auf höhere Qualifizierung ausgerichtet sein?

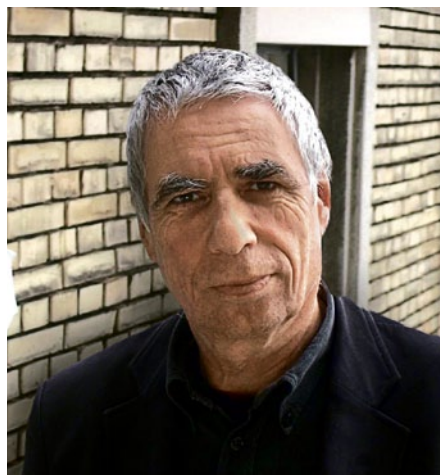
Das wäre an sich richtig, allerdings stiege damit das Risiko, dass die ALV zweckentfremdet wird, um ein Studium zu finanzieren - weil sie bessere Leistungen bringt als unser leider miserables Stipendienwesen.

Was müsste sich also ändern?

Bisher kümmern sich ALV, IV und die Sozialhilfe um die berufliche Wiedereingliederung. Die Bildung muss unbedingt ins Boot geholt werden. Sie muss sogar eine tragende Rolle spielen, denn sie ist das einzige System, das nicht stigmatisiert.

Wie soll das aussehen?

Die Beratung müsste aus den Sozialwerken herausgelöst und in einer einzigen Instanz für Arbeitsintegration vereint werden.



«Oft gilt der Grundsatz: «So rasch wie möglich von unserem Geldtopf weg.»»

Hannes Lindenmeyer, Organisationsberater

Diese wäre eng mit der Berufsbildung verknüpft. Menschen, die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind, würden von IV, ALV und Sozialhilfe dorthin geschickt. Wie das RAV wären diese Stellen dezentral, sie würden aber eher wie die Berufsinformationszentren funktionieren. Dort sind die Klienten eher Kunden, man berät und för-

Hannes Lindenmeyer, 67, ist Experte für Arbeitsintegration und Organisationsberater. Er berät Non-Profit-Organisationen und öffentliche Verwaltungen.

Beobachter direkt

Soll der Staat Menschen zur Arbeit zwingen?

Diskutieren Sie im Internet mit: www.beobachter.ch/direkt

dert sie und zeigt ihnen die Angebote. IV, ALV und Sozialhilfe bleiben bestehen und wären neben der Existenzsicherung für die Kontrolle zuständig.

Brauchen diese Berater kein Druckmittel, um Menschen in Massnahmen zu schicken?

Nein. Für die Arbeitsintegration braucht es Vertrauen zwischen Berater und Klient. Druck bringt überhaupt nichts. Das Beratungsobligatorium müsste aber bestehen bleiben. Es ist absolut entscheidend, dass eine Massnahme passt. Sie muss auf die Kompetenzen und Potentiale der Person zugeschnitten sein. Deshalb ist die Vermittlungsarbeit sehr wichtig.

Das klingt alles gut - aber teuer.

Zu Beginn mag es viel kosten, die Folgen falscher Platzierungen sind aber langfristig teurer. Zudem würden teure Zweigleisigkeiten zwischen den Sozialwerken vermieden.

Trotzdem: Wer soll das bezahlen?

Es braucht einen Pool, in den ALV, IV und Kantone je nach Finanzstärke und Fallzahlen Gelder einzahlen. Die Klienten nehmen an passenden Programmen teil, danach wird abgerechnet, welches der drei Systeme wie viel in Anspruch genommen hat. Dann zahlen sie nachschüssig. Dafür braucht es ein Bundesrahmengesetz.

Was ist mit Leuten, die trotz allen Bemühungen keinen Job mehr finden?

Soziale Integration ist bei uns nur über Arbeit möglich. Ziel muss immer der Arbeitsmarkt bleiben. Es braucht aber geschützte Arbeitsplätze für Menschen, die wegen Alter, Krankheit oder Behinderung wirklich keine Chance haben. Es darf aber nie ein Zwang sein. Eher ein Angebot, um am wirtschaftlichen Austausch teilzunehmen.

Was wäre eine grundsätzliche Alternative?

Dass alle weniger arbeiten - sei das durch kürzere Wochenarbeitszeit, regelmässige Sabbaticals oder ausgiebige Bildungsurlaube. So würde Zeit ohne Erwerbsarbeit normalisiert. Die Menschen hätten Zeit für andere Engagements. Das könnten wir uns leisten. Das Wachstum würde vielleicht etwas zurückgehen, aber die Lebensqualität wäre höher. ■